



An das  
Mitglied des Deutschen Bundestages  
Frau Inge Höger  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

**Michael Roth MdB**

Staatsminister für Europa

POSTANSCHRIFT  
11013 Berlin

HAUSANSCHRIFT  
Werderscher Markt 1  
10117 Berlin

TEL +49 (0)30 18-17-2451

FAX +49 (0)30 18-17-3289

[www.auswaertiges-amt.de](http://www.auswaertiges-amt.de)

[Bueroroth@diplo.de](mailto:Bueroroth@diplo.de)

Berlin, den 2. November 2016

## Schriftliche Fragen für den Monat Oktober 2016

### Frage Nr. 10-165

Sehr geehrte Frau Kollegin,

*Sehr geehrte Frau Höger,*

Ihre Frage:

***Was ist der Bundesregierung mittlerweile über den Fort- oder Ausgang von Untersuchungen innerhalb der „sogenannten Küstenwache“ in Libyen bekannt, die nach einer bewaffneten Razzia auf dem Rettungsschiff der Organisation Sea-Watch erfolgen sollte (Drucksache 18/8659), und hält die Bundesregierung nach einem weiteren Überfall am 21. Oktober 2016 (<https://twitter.com/AndrejHunko/status/789470589954224128>) daran fest, die Täter seien lediglich unerfahrene Beamte (vgl. Antwort der Bundesregierung zu Frage 23 b) der Kleinen Anfrage der Fraktion DIE LINKE. Bundestagsdrucksache 18/9563), oder zieht sie die Möglichkeit in Betracht, dass es sich bei Teilen der „sogenannten Küstenwache“ um Banden handelt, die selbst in das Schleusergeschäft verstrickt sind?***

beantworte ich wie folgt:

Zum ersten Teil der Frage wird auf die Antwort der Bundesregierung in der Bundestagsdrucksache 18/8659 auf Frage Nr. 13 verwiesen; darüber hinaus liegen keine weiteren Informationen vor.

Zum zweiten Teil der Frage haben das Auswärtige Amt und die deutsche Botschaft Tripolis am 21. Oktober 2016 unmittelbar nach Bekanntwerden des tödlichen Vorfalls durch die deutsche gemeinnützige Privatinitiative zur zivilen Seenotrettung von Flüchtenden Sea-Watch e.V. Kontakt mit den beteiligten Akteuren aufgenommen.

Aus den der Bundesregierung derzeit vorliegenden Erkenntnissen ergibt sich bisher kein eindeutiges Lagebild. Sowohl zu dem Ort des Geschehens, als auch dem eigentlichen Vorgang gibt es bisher widersprüchliche Aussagen. Auch zu den neben der SEA WATCH 2 beteiligten Schiffen liegen noch keine weiteren Informationen vor. Die Bundesregierung setzt sich für die weitere Aufklärung des Vorfalls im Rahmen der Zusammenarbeit von EUNAVFOR MED Operation SOPHIA mit der libyschen Küstenwache ein.

Umso wichtiger ist nun die am Mittwoch, den 26. Oktober 2016, begonnene Ausbildung von zunächst 78 ausgewählten Angehörigen der libyschen Küstenwache. Menschenrechte, humanitäres Völkerrecht, internationales Seerecht und die professionelle Durchführung von Seenotrettungsmaßnahmen werden, neben der allgemeinen seemännischen Ausbildung, zentrale Bestandteile der Ausbildung sein.

Mit freundlichen Grüßen

